

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Sonntag, den 29. November 1885.

Nr. 558.

Deutschland.

Berlin, 28. November. In der am 26. d. Mts. unter dem Vorsitz des Staatsministers Staatssekretärs des Innern v. Bötticher abgehaltenen Plenarsitzung des Bundesraths wurde zunächst über die geschäftliche Behandlung mehrerer Vorlagen und Eingaben Beschluss gefasst. Der Entwurf von Vorschriften über die Einrichtung und den Betrieb der Bleisarben- und Bleizuckerfabriken wurde dem Ausschuß für Handel und Verkehr, die Vorlage betreffend die Änderung der Bestimmungen des Eisenbahn-Betriebsreglements über die Beförderung von Holzpulver und Knallbonbons dem Ausschuß für Eisenbahnen, Post und Telegraphen und dem Ausschuß für Handel und Verkehr und der Antrag Preußens bezüglich der Auslegung einer Bestimmung des Gesetzes über die Freizügigkeit vom 1. November 1867 dem Ausschuß für Justizwesen und dem Ausschuß für Handel und Verkehr überwiesen. Sodann wurde die Wahl eines Mitgliedes des Bundesrathes zur Reichs-Schuldenkommission vorgenommen. Dem Entwurf eines Gesetzes über die Kontrolle des Reichshaushaltsetats und des Landeshaushalts von Elsass-Lothringen für 1885/86 und den Bestimmungen betreffend Abänderung und Ergänzung des Eisenbahnpolizei-Reglements und der Eisenbahn-Signalordnung, sowie der Normen für die Konstruktion und die Ausrüstung der Eisenbahnen Deutschlands ertheilte die Versammlung ihre Zustimmung; nahm von der durch den Reichskanzler in Anlaß der Resolutionen des Reichstages zu dem Etat des auswärtigen Amtes für 1885/86 vorgelegten Denkschrift Kenntniß und beschloß, einer Eingabe wegen Anerkennung der Aktiengesellschaft „Export-Musterlager zu Frankfurt a. M.“ als ein gemeinnütziges Unternehmen im Sinne des Alttingesetzes keine Folge zu geben. Zum Schluß gelangten Eingaben betreffend die Befreiung von Betrieben von Unfall-Versicherung, sowie Eingaben wegen der Zollbehandlung verschiedener Gegenstände zur Behandlung.

Bei den bevorstehenden Debatten über die von der sozialdemokratischen Partei beantragte Einführung einer Maximalarbeitszeit wird auch der Hinweis auf die Schweiz nicht fehlen, die durch das Bundesgesetz vom 23. März 1877 eine Maximalarbeitszeit von 11 Stunden eingeführt hat. In letzter Zeit ist bereits wiederholt auf die Berichte der Schweizer Fabrikinspektoren aufmerksam gemacht worden, die von der Tresslichkeit jener gesetzlichen Regelung der Arbeitszeit Zeugnis ablegen sollen. Um so mehr verdient Beachtung, was jetzt die Kanton-Regierungen, deren Bericht mit dem der Fabrikinspektoren abzuwechseln pflegt, über die Ausführung des Fabrikgesetzes mitzutheilen wissen. Nach Alinea 4 des Art. 11 des Gesetzes ist eine Ausnahmeweise oder vorübergehende Verlängerung der Arbeitszeit statthaft, wenn dazu von Seiten der Fabrikanten vorher die Bewilligung der Ortsbehörden oder, falls die Überarbeit länger als zwei Wochen andauern soll, der Kantonsregierung eingeholt ist. Nun ergiebt sich aus den Berichten der Kanton-Regierungen, daß diese Bergünstigung während der Berichtszeit (1883–1884) wieder sehr häufig nachgesucht ist. Beispielsweise ertheilte im Kanton Zürich der Regierungsrath 1883 an 87 Fabrikbesitzer 93 Bewilligungen, im Jahre 1884 an 58 Fabrikbesitzer 91 Bewilligungen zur vorübergehenden Verlängerung der regelmäßigen Arbeitszeit, und zwar während 1 bis 3 Monaten täglich um 1 bis 2 Stunden. Unter jenen 67 resp. 58 Fabrikbesitzern befanden sich solche, die zwei, drei, vier Etablissements besaßen und die zum Theil zum vierten Male um die Bergünstigung der Überarbeit eingekommen waren. Die Anzahl der von diesen Fabrikanten beschäftigten Arbeiter ist leider nicht angegeben. Da indessen der Kanton Zürich 432 Fabrikantlagen besitzt, so ergiebt sich aus dem Vorhergehenden, daß ein nicht unbeträchtlicher Bruchteil derselben alljährlich für längere Zeit zu Überstunden greifen muß, und daß somit auch einen großen Theil der Arbeiter des Kantons die gesetzliche Regelung der Arbeitszeit bedeutungslos wird. Im Kanton Bern wird über eigenmächtige Überschreitungen des elfstündigen Normalarbeitsstages geklagt. Es werden zwar nur elf Fälle namhaft gemacht, doch bemerkt der Bericht, daß die Zahl der Überstunden

tungen damit noch nicht erschöpft sei, und das ist um so mehr anzunehmen, als mitgetheilt wird, daß es die Ortsbehörden insbesondere vielfach an der nötigen Kontrolle in Betreff der Einhaltung der gesetzlichen Arbeitszeit fehlen lassen. Zu diesen eigenmächtigen Überschreitungen kommen dann auch hier noch die Fälle, wo die Überarbeit — teilweise auf die Dauer von 5–6 Monaten — von Seiten der zuständigen Behörden bewilligt wurde.

Ahnlich liegen die Verhältnisse auch in den übrigen Kantonen. In der Mehrzahl derselben scheint die Zahl der Bewilligungsanträge zu Überarbeit in langamer Abnahme begriffen zu sein. Doch ist das nur unbedeutend, und auf der anderen Seite beispielsweise im Kanton Basel Stadt ist die Zahl derartiger Bewilligungsanträge von 1883 auf 1884 in nicht geringem Maße gestiegen. Eine direkte Klage gegen das Fabrikgesetz, und zwar von Seiten der Arbeiter sowohl wie der Fabrikanten, wird nur im Kanton St. Gallen geführt, und zwar wendet sich dieselbe in erster Linie gegen die Normal-Arbeitszeit. Das zeigt doch deutlich, daß die beständige Bezugnahme auf die Schweizer Fabrikgesetzgebung ohne die nötige Beweiskraft ist.

Die polnische Ausweisungsanfrage ist nun unter den Drucksachen des Hauses zur Vertheilung gelangt. Die Fragesteller haben sich gestern entschlossen, auf weitere Sammlung von Unterlagen zu verzichten, nachdem 170 Abgeordnete, die große Mehrzahl der hier Anwesenden, bereits unterzeichnet haben. In der morgenden Sitzung wird demnach der Präsident die „Anfrage“ verlesen lassen und somit als „eingebracht“ dem Hause ankündigen. Der Präsident hat nach der Geschäftsordnung die „Anfrage“ dem Kanzler abschriftlich zu überweisen und ihn in der nächsten Sitzung um Erklärung darüber zu ersuchen, ob und wann er die Anfrage beantworten werde. Erklärt sich der Kanzler zur Beantwortung bereit, so wird an dem von ihm bestimmten Tage der Fragesteller zur näheren Ausführung seiner Anfrage verstatte. S die Geschäftsordnung. Man darf die Besprechung der polnischen Anfrage, auch wenn der Kanzler die Beantwortung ablehnen sollte, in Völde erwarten. Die Unterschriften stammen vom Zentrum und der gesammten Linken, doch haben verschiedene Deutschnationalen zu unterschreiben abgelehnt. Richter, Rickert, Bamberger, Dirichlet, Braun und Birchow haben unterschrieben.

Bei den bevorstehenden Debatten über die von der sozialdemokratischen Partei beantragte Einführung einer Maximalarbeitszeit wird auch der Hinweis auf die Schweiz nicht fehlen, die durch das Bundesgesetz vom 23. März 1877 eine Maximalarbeitszeit von 11 Stunden eingeführt hat. In letzter Zeit ist bereits wiederholt auf die Berichte der Schweizer Fabrikinspektoren aufmerksam gemacht worden, die von der Tresslichkeit jener gesetzlichen Regelung der Arbeitszeit Zeugnis ablegen sollen. Um so mehr verdient Beachtung, was jetzt die Kanton-Regierungen, deren Bericht mit dem der Fabrikinspektoren abzuwechseln pflegt, über die Ausführung des Fabrikgesetzes mitzutheilen wissen. Nach Alinea 4 des Art. 11 des Gesetzes ist eine Ausnahmeweise oder vorübergehende Verlängerung der Arbeitszeit statthaft, wenn dazu von Seiten der Fabrikanten vorher die Bewilligung der Ortsbehörden oder, falls die Überarbeit länger als zwei Wochen andauern soll, der Kantonsregierung eingeholt ist. Nun ergiebt sich aus den Berichten der Kanton-Regierungen, daß diese Bergünstigung während der Berichtszeit (1883–1884) wieder sehr häufig nachgesucht ist. Beispielsweise ertheilte im Kanton Zürich der Regierungsrath 1883 an 87 Fabrikbesitzer 93 Bewilligungen, im Jahre 1884 an 58 Fabrikbesitzer 91 Bewilligungen zur vorübergehenden Verlängerung der regelmäßigen Arbeitszeit, und zwar während 1 bis 3 Monaten täglich um 1 bis 2 Stunden. Unter jenen 67 resp. 58 Fabrikbesitzern befanden sich solche, die zwei, drei, vier Etablissements besaßen und die zum Theil zum vierten Male um die Bergünstigung der Überarbeit eingekommen waren. Die Anzahl der von diesen Fabrikanten beschäftigten Arbeiter ist leider nicht angegeben. Da indessen der Kanton Zürich 432 Fabrikantlagen besitzt, so ergiebt sich aus dem Vorhergehenden, daß ein nicht unbeträchtlicher Bruchteil derselben alljährlich für längere Zeit zu Überstunden greifen muß, und daß somit auch einen großen Theil der Arbeiter des Kantons die gesetzliche Regelung der Arbeitszeit bedeutungslos wird. Im Kanton Bern wird über eigenmächtige Überschreitungen des elfstündigen Normalarbeitsstages geklagt. Es werden zwar nur elf Fälle namhaft gemacht, doch bemerkt der Bericht, daß die Zahl der Überstunden

neue Minister der öffentlichen Arbeiten, Montero Rios und Martos, der zuerst für das Portefeuille des Auswärtigen designirt war, der dynastischen Linken an. Jedenfalls befindet sich das Ministerium des Auswärtigen nunmehr in besseren Händen als in denjenigen Elguayen's, durch dessen Verschulden insbesondere die Karolinen-Angelegenheit eine Zeit lang einen für Spanien bedeutsamen Charakter annahm. Moret begann seine politische Laufbahn im Jahre 1869 und war der Reihe nach Deputirter, Kolonialminister und Botschafter in London. Von dem neuen Finanzminister Camacho, einer sehr tüchtigen Kraft, wird erhofft, daß er ein ernsthaftes Projekt zur Ordnung der Staatschuld vorlegen wird. Camacho, der persönlich sehr reich ist, gilt vor Allem auch als ein Ehrenmann. Daß das ultramontane Mitglied des bisherigen Kabinetts, Pidal, nunmehr bestellt ist, darf vor Allem als ein Zeichen guter Vorbereitung betrachtet werden.

Die Herren Minister des Innern und der Finanzen haben nunmehr die Eröffnungen unseres Kaisers in Betreff der Feier seines 25-jährigen Regierungsjubiläums als König von Preußen in einem vom 3. d. M. datirten gemeinsamen Erlaß fundgehabt, durch welchen die hierüber bereits veröffentlichten Mittheilungen bestätigt und ergänzt werden. Der Erlaß lautet:

Seine Majestät der Kaiser und König haben Kenntniß davon genommen, daß in verschiedenen Kreisen der Bevölkerung Vorbereitungen getroffen worden, um Allerhöchsteselben zu dem am 2. Januar 1886 eintretenden Verlaufe der 25-jährigen Regierung die freudige Thellnahme des Landes zu bezeigen. Mit Rücksicht hierauf haben Seine Majestät dem Staatsministerium zu eröffnen geruht, daß Allerhöchsteselben zwar etwaigen Kundgebungen, welche bei jenem Anlaß aus dem Herzen des Volkes zum Throne dringen, nicht entgegen sein wollen, daß es indessen Ihr Wunsch sei, diese Kundgebungen auf ein thunlichst geringes Maß beschränkt zu sehen. In Beachtung der diesfalls von Allerhöchster Stelle als maßgebend bezeichneten Gesichtspunkte beehren wir uns zu folge Beschlusses des königlichen Staatsministeriums Ew. Hochwohlgeboren Nachstehendes als Direktiv für die bei der bevorstehenden Feier allgemein innehaltenden Grenzen ergebenst mitzuheilen. Mit Rücksicht darauf, daß der 2. Januar der Tag des Regierungsantritts, zugleich der Todestag Allerhöchstes Ihres Herrn Bruders und Vorgängers, in der Regierung König Friedrich Wilhelm I. Majestät ist, widerstrebt es dem Gefühl Seiner Majestät, eine solche Feier an diesem Tage zu begehen. Seine Majestät haben daher zu bestimmen geruht, daß, wo im Lande eine Feier des 25-jährigen Regierungsjubiläums stattfindet, dieselbe auf den nächsten Tag, den 3. Januar, verlegt werde. Den Allerhöchsten Intentionen entspricht es, wenn an diesem Tage, welcher auf einen Sonntag fällt, im ganzen Lande bei dem Gottesdienste ein Dank gegen den Allmächtigen für den gezeigten Verlauf der bisherigen Regierungszeit Seiner Majestät eingeflöchten wird. Der Herr Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten wird zu dem vorgedachten Zwecke mit dem evangelischen Oberkirchenrathe und mit den Bischöfen in Verbindung treten. Dagegen wollen Seine Majestät bei dem bevorstehenden Anlaß öffentliche Aufzüge oder ähnliche Kundgebungen in Berlin nicht entgegennehmen. Es steht demnach nichts entgegen, daß die patriotische Freude über das frohe Ereignis in den Provinzen sich in jeder angemessnen Weise, unter Anderem auch durch gemeinschaftliche Festmäle, öffentlich betätigt. Ebenso wenig liegt es in den Wünschen Sr. Majestät, daß die Liebe des Volkes in Darbringung persönlicher Geschenke ihren Ausdruck sucht. Sofern größere Körperschaften, Gemeinden u. s. w. das Bedürfnis fühlen, an dem bezeichneten Tage Sr. Majestät ihre besonderen Glückwünsche darzubringen, wird es angemessen sein, wenn die Ausführung dieser Absicht sich auf die Uebertragung persönlicher Adressen beschränkt; den Empfang von Deputationen würden Sr. Majestät sich versagen müssen. Die Herren Minister beauftragen demnächst die untergeordneten Behörden, für die Ausführung dieser Bestimmungen Sorge zu tragen und über die geeignete Arrangirung von Festlichkeiten zu wachen."

Die „Nord. Allgem. Ztg.“ schreibt an hervorragender Stelle:

Der Kaiser hat sofort nach Empfang der schmerlichen Nachricht vom Tode des Königs Alfonso den General Grafen Lehndorff zum spanischen Gesandten geschickt, um demselben die allerhöchste Theilnahme auszusprechen zu lassen. Der Kronprinz hat dem Grafen und der Gräfin Bonmar persönlich einen Beileidsbesuch gemacht und auch der Reichskanzler, welcher bekanntlich erst vorgestern Abend zurückgekehrt ist, hat sich gestern selbst zum Grafen Bonmar begeben.

Von kompetenter Seite schreibt man: Die Wahl des Prinzen Albrecht zum Regenten in Braunschweig ist mit den Streitigkeiten über die Fideikommiß-Herrschaft Flatow-Krojanke zwischen Prinzen Albrecht und Prinzen Leopold in Verbindung gebracht worden und gesagt, der Kaiser habe die Annahme der Regentschaft nur genehmigt unter der Bedingung der Entzägung auf die Ansprüche auf die Fideikommiß-Herrschaft. Eine solche Verbindung ist eine reine Erfindung ohne jede Wahrheits-Grundlage. Durch den von Sr. Majestät dem Könige bestätigten Schiedsrichterstrich sind die ausschließlichen Ansprüche des Prinzen Friedrich Karl abgewiesen worden; damit ist aber keineswegs über die Ansprüche des Prinzen Leopold bereits unbedingt entschieden. Ob von demselben erneuter Rechtsstreit erhoben werden wird, hängt von seiner Entscheidung ab, die allerdings hausgeschäftlich der Genehmigung des Königs bedürfen würde. Es ergibt sich somit als unwichtig, daß Prinz Leopold bereits alleiniger Besitzer der Herrschaft sei und ebenso alles, was damit in Zusammenhang gebracht ist. Die Güter werden vom Hausministerium verwaltet und ließen die Nevenen dem Prinzen Albrecht und Prinzen Leopold zu.

Nach neueren Nachrichten sollen von der chinesischen Regierung bei mehreren deutschen Schiffbau-Gesellschaften, namentlich bei dem „Vulkan“ in Stettin und der „Schichauischen Werft“ in Elbing, neue Schiffbau-Bestellungen und zwar bei dem erstgenannten großen Schiffbau-Etablissement der Bau von noch zwei Panzer-Korvetten, bei der leitgeführten Firma der Bau einer Anzahl Torpedoboote aufgegeben werden sein. Daß die chinesische Regierung entschlossen sein soll, ihre weiteren Schiffsbauten nur noch auf deutschen Werften ausführen zu lassen, ist neuerdings auch von französischen Fachorganen berichtet worden.

In Madrid sind unmittelbar nach dem Hinscheiden des Königs Alfonso XI. alle Vorsichts-Maßregeln getroffen worden, um zu verhindern, daß durch eine frühzeitige Bekanntmachung der Todesnachricht Ruhestörungen ermöglicht würden. Der Pariser Korrespondent der „Nat. Ztg.“ meldet hierüber:

Paris, 27. November, Nachmittags. Die offizielle Nachricht vom Tode des Königs Alfonso ist erst Nachmittags 5 Uhr in Madrid bekannt gegeben und bis zum Abend kein Telegramm in die Provinz, sowie in's Ausland durchgelassen worden. Wenn die Nachricht trotzdem Nachmittags an den Börsen von London und Brüssel verbreitet war und von dort hierher telegraphiert wurde, so daß sie auch hier um 6 Uhr verbreitet war, so war dies lediglich eine auf die Gewissheit der Hoffnungslosigkeit des Zustandes begründete Annahme, die sich dann leider als richtig erwiesen hat. Der hiesige spanische Botschafter erklärte nach 5 Uhr beim diplomatischen Wochenempfange Herrn de Freycinet, daß er seit der Depesche über den Verlauf der Nacht und über die Verschlimmerung am Morgen keine weitere Nachricht erhalten habe. Die Todesnachricht traf dann um 9 Uhr auf den Botschaft ein. Ich selbst erhielt gestern Nachmittag ein Telegramm, welches Mittwoch 12^½ Uhr Nachmittags aus dem Madrider Schlosse datirt war und dahin lautete, daß der König noch lebte, daß dessen Hinscheiden aber jeden Augenblick erwartet würde. Man hat also die Nachricht erstauntlich lange gehalten, um alle gebotenen Sicherheits-Maßregeln zu treffen. Kompetente Urtheile der hiesigen spanischen Kolonie lauten dahin, daß Intrigen und Streitigkeiten zu dem Zwecke, die Regentschaft der Königin Christina zu Gunsten der Königin Isabella oder der Gräfin Girgenti, oder des Herzogs von Montpensier zu

enttreffen, nicht zu befürchten stehen, weil die Königin ihrer Entbindung entgegensehe. Dieser Umstand lasse auch hoffen, daß alle Parteien, mit Ausnahme der Republikaner und Karlisten, und insbesondere die Armee die Regentschaft verteidigen würden.

Ausland.

Paris, 27. November. Mehrere Blätter meldeten, ein Theil der republikanischen Partei, namentlich im Senate, beabsichtigte, Anatole de la Gorge gegenüber Jules Grévy als Kandidaten für die Präsidentschaft aufzustellen. In einem an die „Lanterne“ gerichteten Briefe lehnt nun de la Gorge die Kandidatur mit aller Entschiedenheit ab.

Petersburg 28. November. Ein Circular des Finanzministers an die betreffenden Behörden seines Reichs vom 15. d. M. a. St. macht einen vom Kaiser am 9. d. M. a. St. sanktionsierten Beschluß des Ministerkomitees betreffend die Prolongation des prämierten Zucker-Exports bis zum 1. Mai 1886 bekannt und erklärt, daß die Prämie von einem Kubel zufolge des kaiserlichen Befehls vom 1. d. M. sich lediglich auf den Zucker erstrecke, welcher bis 1. d. M. inkl. unterwegs ins Ausland oder bereits in Häfen und auf der Grenze selbst gewesen und daß der sonstige bis zum 1. Mai 1886 exportierte Zucker eine Prämie von 80 Kopeken pro蒲d genieße. Nach dem am 1. d. M. sanktionsierten Beschluß des Ministerkomitees ist die Prämie nur für Raffinade und Sandzucker mit nicht weniger als 99¹/₂ p.Ct. reinen Zuckergehaltes zu verabfolgen; dem Finanzminister wird anheimgestellt, im Falle eines bedeutenden Sinkens des russischen Rubelkurses oder eines Steigens der Zuckerprixe auf dem Londoner Markt eine eventuelle kaiserliche Genehmigung zur weiteren Herabsetzung der Prämie einzuholen.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 29. November. Derjenige, welcher sich mit der Absicht zu gewinnen und sich dadurch einen Erwerb zu schaffen, bei einem Glücksspiel betrügt, ist nach einem Urtheil des Reichsgerichts, II. Straf., vom 29. September d. J., nur dann als gewerbsmäßiger Spieler zu bestrafen, wenn er auch die Absicht damit verbunden hat, sich fortgesetzt zu dem gedachten Zwecke an Glücksspielen zu betheiligen.

Sel. Maria Teriv's wird Dienstag noch einmal im Stadttheater gastiren, und zwar wird sie sich in der Rolle der „Mignon“ vom heutigen Publikum verabschieden. Daß diese Rolle zu ihren besten zählt, bewies der überaus große Beifall, welcher der geschätzten Künstlerin am vergangenen Sonntag von dem ausverkaufen Hause gezollt wurde.

Kunst und Literatur.

Theater für heute. Stadttheater: „Die Royalisten.“ Schauspiel in 4 Akten. „Die schöne Müllerin.“ Lustspiel in 1 Akt. — Bellevuetheater: „Fra Diavolo.“ Komische Oper in 4 Akten.

Mittag: Stadttheater: „Ein feiner Diplomat.“ Lustspiel in 1 Akt. „Die beiden Klingsberg.“ Lustspiel in 4 Akten.

Die Bekämpfung der Hausschwammepidemie.

Unzählige Millionen des Volksvermögens gehen jährlich nutzlos durch das massenhafte Auftreten des Hausschwammes zu Grunde, gegen den bisher noch kein sichereres Mittel aufgefunden ist.

Erst in der letzten Zeit ist es den Forschungen zweier Gelehrten, des verstorbenen Geheimen Medizinalrats Professor Dr. Göppert in Breslau und des Prof. Dr. Hartig in München, gelungen, über die Natur und die Entwicklungsbedingungen des Hausschwammes Sichereres festzustellen.

Beide Gelehrte haben ermittelt, daß der zur Familie der Hutpilze gehörige und, wie alle Pilze, aus Sporen entstehende Hausschwamm weder an lebenden, noch an abgestorbenen Bäumen im Walde vorkommt, sondern lediglich in Bergwerken, Schiffen, Bauwerken gedeiht, wenn die Bedingungen seiner Existenz, nämlich Feuchtigkeit, Licht und Luftmangel vorhanden sind.

Auffälligerweise sind es gerade meist neue, kaum fertig gestellte Bauten, welche dem Hausschwamm zum Opfer fallen; wenn ältere Gebäude vom Schwamm ergriffen sind, so ist das in der Regel nach der Beseitigung von Reparaturarbeiten geschehen, bei denen eine Verschleppung von Pilzsporen stattgefunden hat, was bei der mikroskopischen Kleinheit der Sporen, von denen vier Millionen in einem Kubikmillimeter Platz haben, leicht unmerkt geschehen kann.

Bon Wichtigkeit ist die Feststellung der beiden Gelehrten, daß der Hauptgrund für die Ausbreitung des Hausschwammes unsere heutige schnelle Bauweise ist. Um für das in einem Bau angelegte Kapital Zinsverluste zu vermeiden, wird mit der größten Schnelligkeit der Neubau ausgeführt und unbekümmert darum, ob die Jahreszeit es gestattet, der innere Ausbau und die äußere Verputzung des Baues gleichzeitig in Angriff genommen, ehe noch die Wände und die Balken Zeit gehabt haben, auszutrocknen.

Sind durch das Füllmaterial, wie das häufig der Fall ist, oder durch Verwendung mit Sporen behafteten Holzes Pilzsporen in ein solches rasch erbauten Haus gekommen, so wird nur kurze Zeit vergehen und der Schwamm hat sein Zerstörungswerk vollendet. Unter den Diele, wo das Holz von feuchtem Mauerwerk umgeben ist, beginnt der Schwamm seine licht- und luftschene Thätigkeit von innen nach außen und eines Tages bricht die Diele ein, oder die Täfelung stürzt von der Decke.

Dem Maurer, dem Zimmermann, dem Tischler und Maler wird dann die Schuld dafür aufgeburdet. Und doch trägt die Hauptschuld nicht der Einzelne, sondern unsere moderne Bauweise, die es den Handwerkern fast unmöglich macht, die Sorgfalt zu beobachten, welche bei dem Bau eines Hauses erforderlich ist. Erst wenn das bauende Publikum sich aus den Forschungen der Gelehrten die Lehre zieht, daß der Schnellbau das sicherste Förderungsmittel des Hausschwammes und also auch auf dem Gebiete des Bauwesens das Billigste das Theuerste ist, wird eine durchgreifende Besserung zu erwarten sein.

Entscheidungen deutscher Gerichtshöfe.

Nach den neusten Zeitschriften und Sammlungen.

Der Schiffsmaler kann die Courtaige fordern, wenn der vermittelte Frachtvertrag in Folge der in ihm enthaltenen Annulierungsklausel rückgängig wird. U. d. L. G. Kiel v. 19. Nov. 1883.

Bei Errichtung einer offenen Handelsgesellschaft sind die Leistungen der einzelnen Gesellschafter bestimmt festzustellen. Unter Übernahme „der“ Kapitalanmachung oder „aller“ erforderlichen Geldbergabe läßt sich nichts Bestimmtes vorstellen. U. d. G. H.

Ein Wechsel in der Person der Gesellschafter ist ohne Einfluß auf den Prozeß, und geht dieser von selbst auf die Personen über, welche jedesmal die Gesellschafter sind. Der der offenen Handelsgesellschaft zugeschobene Eid ist von denjenigen zu leisten, welche von früher her in der Gesellschaft geblieben sind. U. d. G. H.

Der Ankauf von Farbwaren durch gewöhnliche Maler (Tüncher) ist ein absolutes Handelsgeschäft, in welchem Falle ist das Material die Hauptfache, die Arbeit Nebensache. U. d. G. H. v. 21. Mai 1880.

Bei unbestimmter Befristung des Kaufpreises beginnt auch im Handelsverkehr die Verzinsung erst mit der Mahnung. U. d. G. H. vom 11. Mai 1882.

Vermischte Nachrichten.

Frankfurt, 26. November. Ein Mann hatte beim Aufspannen eines Regenschirmes eine Dame derart unglücklich in den Mund getroffen, daß sie mehrere Zähne einbüßte. Gestern erschien der Gatte der Dame in der Wohnung des Herrn, der das Malheur verschuldet hatte, und verlangte eine Entschädigung von nicht weniger als 30.000 Mark. Seine Frau, sagte er, sei durch den Verlust der schönsten Zähne in hohem Grade entstellt. Da der Herr auf dieses Verlangen nicht einging, will der Gatte der Beschädigten die geforderte Summe einlagen.

(Wie Namen entstehen.) Zu Anfang dieses Jahrhunderts, wo noch viele Juden keine eigentlichen Familiennamen besaßen, sondern in altbiblischer Weise ihrem Vornamen zur Unterscheidung von Anderen gleichen Namens den Vornamen des Vaters befügten, gab eine hessische Verordnung den Juden, sich Familiennamen beizulegen, und diese beim Amt eintragen zu lassen.

Ein Jude, der nicht wußte, welchen Namen er sich beilegen solle, erwiederte nun auf die Frage des Amtmanns, wie er heißen wolle: „Herr Amtmann, rotten Sie's“ (rathen Sie es). Gut, Ihr sollt „Rothensüß“ heißen, erwiderte der Amtmann, und die Nachkommen des Betreffenden tragen heute noch diesen Namen.

„Steinreiche“ Leute gibt es nach K. Müller's Mittheilungen in der „Natur“ auf Yap die Menge. Als Geld dienen nämlich große runde Steine von Gestalt und Größe eines Schweizerkäses bis zu der eines Mühlsteines, die in der Mitte mit einem Loch versehen, an einem Rohre getragen werden können. Selbige bestehen aus einem gelblich-weißen kristallinischen Kalkspatthe der Palau-Inseln, von wo sie geholt werden müssen. Als Scheidemünze verwendet man kleinere, thalergröÙe Stücke oder auch Perlmutterschalen, die man an Stränge knüpft. Hiermit wird der „steinreiche“ Mann einmal buchstäblich zur Wahrheit. Uebrigens ist der Bests jener großen Steine wesentlich an die Häuptlingsfamilien gebunden, deren Macht nach ihnen berechnet wird, indem sich der Häuptling durch Freigebigkeit Bundesgenossen verschaffen kann.

(Zur Geschichte des Bleistifts.) Im 16. Jahrhundert bediente man sich zum Zeichnen eines Stiftes, der aus Blei und Zinn zusammengelegt war, und der gar nicht mit Unrecht Bleistift hätte genannt werden können. Was wir jetzt Bleistift oder Bleifeder nennen, hat aber mit Blei gar nichts zu thun, tragt also seinen Namen mit Unrecht. Denn der Graphit, das Füllungsmaterial der Bleistifte, ist Kohlenstoff, wurde früher für ein Bleierz gehalten und Wasserblei genannt. Der schweizerische Naturforscher Conrad Gesner erwähnt schon in einer Schrift vom Jahre 1565 die Verwendung des Graphits unter dem Namen Reißblei zu Stiften und bildet sogar einen ab. Aber noch 1667 war der Graphit so wenig bekannt, daß er nicht einmal einen lateinischen Namen besaß und der Engländer Merret vorschlug, ihn nigraria fabrilis zu nennen. Eine allgemeine Anwendung erhielt der Graphitstift durch die Entdeckung der Graphitgruben in der englischen Grafschaft Cumberland, zehn Meilen von Keswick. 1683 wird berichtet, daß die aus Graphit gefertigten Stifte in Tannen- oder Zedernholz gefaßt wurden. Die Grube wurde jährlich nur sechs Wochen geöffnet, brachte aber in dieser Zeit etwa 800.000 Mark ein. Der Graphit wurde in Blöcken auf dem Markt — Lead Market — in London zu durchschnittlich

40 bis 50 Francs das Pfund versteigert, in Stengeln zerstört, wobei natürlich eine bedeutende Menge Abfall entstand, und in Holz oder Rohr gefaßt. Mit der Zeit erschöpfte sich der Vorraht an Graphitblöcken so, daß man an Verwendung des Abfalls denken mußte, aber es dauerte lange, ehe man die richtigen Bindemittel für denselben ausfand.

Von England wurde die Bleistiftfabrikation nach Frankreich verpflanzt,

und im Jahre 1680 fabrizirten die Gebrüder Otto in Nürnberg schon vier Sorten Stifte.

Aus einem Pfund Bleiweiß wurden 18 Tausend Stifte verfertigt, aus einem Zentner Bleiweiß aber nur 33 Pfund geschnittenes Bleiweiß gewonnen.

Zur selben Zeit machte man Bleistift aus einer Mischung von Kohle, Schwefel und Bleiweißtauß.

1726 ließ König Friedrich von Preußen einen Bleistiftmacher aus Schwaben nach Berlin kommen, über dessen Fabrikation Krünitz

Enzyklopädie ausführlich berichtet. Dieser Bleistiftmacher schnitt noch den mit Schwefel zusammengeschmolzenen und in ganz platten Kugeln gewalzten Graphit in Stengel und leimte diese in Lindenholzstäbchen, das gab die bessere Sorte Stifte, oder er mischte den fein gemahlenen und gesetzten Graphit mit Kolophonium, Wachs und Talg, und drückte diese Masse, so lange sie kneitbar war, in Stückchen des gewöhnlichen Deckenrohrs. Später kam als Bindemittel für den gemahlenen Graphit der gesetzte Thon auf, dessen größere oder kleinere Beimischungsmenge den Stiften mehr oder weniger Härte verleiht.

Das Sägen der Graphitblöcke hatte sich als unpraktisch erwiesen, daher verfiel ein Praktikus auf folgende Idee. Er ließ in Buchenholzblöcke Rinnen von dem Durchmesser der zukünftigen Bleistiftfüllungen hauen, wobei aber Rücksicht auf das Zusammentrocknen der Masse zu nehmen war; in diese Rinnen wurde die Graphitmasse hineingebracht, mit einem feststielenden Deckel überdeckt, und die auf diese Weise entstandenen Stengel waren dann, nachdem sie noch in einem Schmelztiegel ausgeglüht worden, zum Einlegen in die Stifte fertig. Die Füllungen werden um so härter, je stärker sie geglättet werden. Zu Zeichnenstiften bestimmte Füllungen taucht man auch noch in helles Wachs oder Tinten auf. Nach einem anderen Rezepte wird dem Graphit und Thon Kienkrüze zugesetzt, und zur Herstellung farbiger Stifte werden Metalloxyde, Karmin, Indigo und Anderes mit verwendet. Bayern, das große Graphitgruben besitzt, errichtete 1806 in Oberzell eine königliche Bleistiftfabrik, die aber schon 1820 in Privatbesitz überging, nachdem es schon 1706 dem Grafen Krausfeld zur Errichtung einer Bleistiftfabrik in Tettaubach die Genehmigung ertheilt gegeben war. Das Unternehmen war leider mißglückt. Nürnberg hat jetzt 26 größere Bleistiftfabriken, welche mit 5500 Arbeitern jährlich 250 Millionen Bleistifte im Werthe von 8 bis 9 Millionen Mark produzieren.

Ein eigenthümliches Phänomen ist an mehreren Schweizerseen beobachtet worden. Am Auslauf des Bierwaldstättersees wurde ein lang

James und periodisches Heben und Senken des Wasserstandes bemerkt, ohne daß hierfür eine

äußere Ursache wahrgenommen werden konnte.

Die gleiche Wahrnehmung wurde kürzlich auch im Thunersee gemacht. Das „Grafen Journal“ be-

merkt nun, es handle sich da um eine Erscheinung,

welche denjenigen, die am Grafensee unter dem

Namen seines bekannt sind, analog sei. Diese

„Seiches“ charakterisieren sich als eine Ebbe und

Fluth, die wahrscheinlich durch ungleichen Luftdruck

an verschiedenen Stellen des Seespiegels bewirkt wird.

Man glaubte ursprünglich die Erscheinung

auf ein Erdbeben zurückzuführen zu müssen; doch

scheint diese Annahme unrichtig zu sein, denn we-

der am Thuner, noch am Bierwaldstättersee ist

ein Erdbeben verspürt worden.

Einer unserer ersten modernen Dramati-

ker hatte unlängst wieder ein fünfaktiges Trauer-

spiel gedichtet. Er schickte es dem Hoftheater zu

X. ein und wartete nun mit Sehnsucht auf das

Resultat der Prüfung. Eines Morgens wird

sein Ungeduld belohnt; der Postbote bringt ein

umsfangreiches Paket, als dessen Absender der

Schein die Mitglieder des Hoftheaters zu X. nennt.

Der Dichter erbricht mit zitternder Hand das

Paket. Es birgt im Innern ein kleineres Paket

nebst einem Schriftstück, das folgendermassen lautet:

„Herrlicher Sohn Apolls und der jungfräulichen Musen! Die Rollen, so Du uns zuge-

dacht, versehst uns Alle bei der Leseprobe in

einen Zustand, welchen Dir das beiliegende kleine

Geheimt symbolisch erläutern soll.“ Und als der

Dichter, nicht ganz so rasch wie das erste, das

zweite Paket von der Hülle befreite, fand er eine

Schlummerrolle.

Der Münchener Zug steht in Ulm auf

dem Bahnhof geblieben und zur Abfahrt bereit.

Leider sind so viel Reisende da, daß eine Anzahl

nicht unterkommt. Ungeduldiger Passagier (zum Schaffner): „Zum Sakra, warum nehmen's denn

nicht mehr Wagen?“ — Schaffner: „Ja wiß-

sen's, lieber Herr, Wagen hätten mir genug und

drüber, nur Passagiere sind zu viel kommen.“

Bei dem guten Erbokel, der in seinem

Landstädtchen schlcht lebt und brav spart, ist der

Stotze aus der Residenz zu Besuch. Der

Oskel: „Sieht Du, mein Junge, es liegt nur

in Deinem Interesse, wenn ich so lange als mög-

lich am Leben bleibe. Ich bin sehr sparsam und

werde Dir daher, je länger ich lebe, desto mehr

hinterlassen können.“ Der Stotze: „Ich zweifle

nicht daran, theurer Oskel, aber ich glaube —

man soll nichts übertreiben!“

(Die Chloroform-Kompressen.) Die „Wie-

ner Med. Blätter“ melden: „In vielen Fällen von Gichtschmerz, Tortikollis, Interostal-Neuralgie, Lumbago und Ictias sah ein Schweizer Arzt, Dr. Schneider, von der Chloroform-Kompressen sehr gute Erfolge. Die Anwendung ist folgende: Eine dicke, bauschige und der Applikationsstelle entsprechend große Kompressen von Verbandbaumwolle wird auf der einen Seite mit reinem Chloroform rasch und möglichst dicht betropft (nicht begossen), dann unmittelbar auf die bloße, wenn nötig vorher entfettete Haut der Applikationsstelle gelegt und einfach mit der flach ausgebreiteten Hand leicht angedrückt und festgehalten. Anfangs starkes Kältegefühl, dann angenehme Wär